

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
Abgelehnt
Eing.: 26. JUNI 2017
PGL-02231-2017/0001-KW/E/GAT
Geschäftsstehe Lar.dtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

20

neoS

AB

Beschlussantrag

**der Gemeinderätin Bettina Emmerling und weiterer Gemeinderatsabgeordneter
betreffend Flexibilisierung der Zeitkarten in Wien bzw. im Verkehrsverbund Ost-Region**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 1 (Rechnungsabschluss 2016, Spezialdebatte
Umwelt und Wiener Stadtwerke) in der 25. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 26. Juni
2017**

Bereits 1994 wurde im "Verkehrsverbund Großraum Graz" ein Zeitkartentarif eingeführt, bei dem alle Fahrkarten - auch Zeitkarten - ab Entwertungsdatum gelten. Eine Wochenkarte kann also z.B. auch erst am Dienstag der Woche entwertet werden und gilt dann bis Dienstag der darauffolgenden Woche. Eine Monatskarte kann z.B. erst am 10. eines Monats entwertet werden und gilt dann bis zum 10. des darauffolgenden Monats.

In Wien bzw. im Verkehrsverbund Ost-Region existiert diese Möglichkeit bis heute nicht, Zeitkarten können nur für Kalenderwochen bzw. -monate erworben werden.

Diese Flexibilisierungsmaßnahme würde eine deutliche Attraktivierung dieser Zeitkarten darstellen und wäre mit keinen erheblichen Mehrkosten verbunden.

Zuständig für den Betrieb der Wiener Linien ist die Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke. Zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen bei Verkehrsverbund Ost-Region und ÖBB ist die Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft und Internationales.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs.4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Flexibilisierung der Zeitkarten in Wien bzw. im Verkehrsverbund Ost-Region aus. Es soll ermöglicht werden, dass künftig Zeitkarten ab Entwertungsdatum gelten und nicht mehr für Kalenderwochen bzw. -monate. Um eine einheitliche Umsetzung im Verkehrsverbund Ost-Region zu ermöglichen, soll mit den entsprechenden Bedarfsträgern schnellstens in Verhandlungen getreten werden.

In formeller Hinsicht wird dieser Antrag den Ausschüssen für Umwelt und Wiener Stadtwerke sowie Finanzen, Wirtschaft und Internationales zugewiesen.

Wien, 26.06.2017